

## Positionspapier der WVL zur „Bürgerbeteiligung“

### Auszug aus dem Wahlprogramm der WVL zu den Stadtratswahlen am 7. Juni 2009

#### „Präambel

... Heute, 20 Jahre nach der friedlichen Revolution, sind für die Wählervereinigung Leipzig auf kommunaler Ebene folgende Fragen von zentraler Bedeutung: Wie kann die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, in unserer Stadt, verbessert und in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden? Wie kann die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Prozessen in Leipzig im Sinne einer aktiven Bürgerkommune gesteigert werden?

Alle im Stadtrat vertretenen etablierten Parteien haben sich bis heute diesem wichtigen Thema in der Leipziger Kommunalpolitik nicht oder aber nicht mit Entschiedenheit und Hingabe angenommen. Sie wollen eine effektivere und nachhaltige Bürgerbeteiligung auch nicht wirklich und sehen sich dadurch in ihrer partei- und machtpolitischen Ausrichtung eher behindert. ...“

### **Für eine effektive Bürgerbeteiligung und eine transparente Stadtverwaltung.**

#### **Unsere Positionen:**

1. Die Identifikation der Bürger mit der Stadt ist entscheidend dafür, ob sie sich für diese engagieren. Die Wählervereinigung Leipzig will das politische Engagement fördern. Stadtverwaltung und Stadtrat sollten dies auch verstärkt und ergebnisorientiert tun.
2. Wir wollen weg von der Zuschauerdemokratie und hin zu einer Beteiligungskultur. Wichtige Angelegenheiten, die die Stadt betreffen, dürfen nicht über die Köpfe der Menschen entschieden werden.
3. Anders als die etablierten Parteien wollen wir die Bürger in den Entscheidungsprozess der Parlamente und Gremien voll integrieren. Wir wollen durch Bürgerbefragungen mit den Organen der Stadt und den Medien die Meinung der Bürger einholen, bevor z. B. Großprojekte überhaupt in die Planung genommen werden.
4. Wir wollen Bürgerbeteiligungen nicht nur als Scheinprojekte stattfinden lassen, sondern sehen diese als ein Instrument der Bürger, direkten Einfluss auf Entscheidungen der Gremien zu nehmen. Bürgerentscheide bei wichtigen städtischen Angelegenheiten sollen vom Stadtrat initiiert und nicht erst durch Bürgerbegehren erzwungen werden.

5. Die bereits bestehende Möglichkeit der Durchführung von Einwohnerversammlungen bei bedeutsamen städtischen Angelegenheiten, die auch auf Stadt- und Ortschaftsteile beschränkt werden kann, soll künftig aktiv genutzt werden. Die Initiative zur Durchführung derartiger Einwohnerversammlungen soll dabei sowohl von der Stadtverwaltung wie auch vom Stadtrat fraktionsübergreifend mit unterstützt werden.

6. Wir regen eine Überarbeitung der Hauptsatzung der Stadt und die Geschäftsordnung des Stadtrates an, so dass die Arbeit des Stadtrates selbst effektiver wird und damit mehr Zeit für die Arbeit der Stadträte an der Basis gewonnen wird.

7. Ein Projekt zur Einführung eines Bürgerhaushaltes, in dem Stadtbezirksbeiräte bzw. Vorschläge zur Straßeninstandsetzung für den Stadtteil in öffentlicher Sitzung beraten und entschieden werden können, ist bereits 2007 gestartet. Die Wählervereinigung Leipzig fordert, die Idee eines Bürgerhaushalts endlich konsequent weiterzuentwickeln und für die ganze Stadt einzuführen.

8. Kommunalpolitik ist für die Wählervereinigung Leipzig keine Einbahnstraße, deren Richtung von einigen Wenigen bestimmt wird. Demokratie kann allerdings nur dann lebendig gestaltet werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger von ihrem verbrieften Recht auf Mitbestimmung regen Gebrauch machen, mitwählen, mitmachen, mitdiskutieren, mitentscheiden und immer bestens informiert sind. Konflikte entstehen zumeist durch Desinformation und Vorurteile. Um die Bürger besser zu informieren, einzubinden und das Konfliktpotenzial in Grenzen zu halten, unterstützt die Wählervereinigung Leipzig das direkte Gespräch zwischen Bürgern, politischen Vertretern und der Verwaltung auf vielfältige Weise.

9. Als Wählervereinigung Leipzig wollen wir weiterhin den regen Informationsaustausch an vielen „runden Tischen“ fördern und pflegen, anstatt in Großveranstaltungen über Projekte zu diskutieren, deren Gestalt an den „grünen Tischen der Obrigkeit“ bereits festgezurrt wurde.

10. Die Wählervereinigung Leipzig begreift Informationsfreiheit als eine Chance für modernes Verwaltungshandeln. Wir fordern deshalb ein allgemeines Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht auf Landesebene, das auch die Gemeindeordnung mit einbezieht. Dieses Recht soll voraussetzungslos jedem zustehen, der dies wünscht. Derzeit ist ein derartiger Anspruch entweder auf einen bestimmten sachlichen Bereich begrenzt, oder der Betroffene muss Beteiligter an einem Verwaltungsverfahren sein, oder sein Anspruch bezieht sich auf die eigenen personenbezogenen Daten, oder er muss ein berechtigtes oder gar rechtliches Interesse nachweisen.